Pressespiegel

Ausgabe: 03.08.2020

Niederrhein DGB

Schwarzarbeit und Sozialbetrug am Bau kosten Staat 9,6 Millionen Euro

IG BAU: Branche droht Image-Verlust auch in Duisburg und am Niederrhein

Kontrollbilanz des Duisburger Zolls für 2019 vorgelegt

Wenn billig am Ende teuer wird: Schwarzarbeit, illegale Beschäftigung und Lohn-Prellerei in der Baubranche haben in der Region einen Millionenschaden verursacht. Das teilt die Gewerkschaft IG BAU mit und beruft sich auf eine aktuelle Auswertung des Bundesfinanzministeriums. Danach kontrollierten Beamte des Hauptzollamtes Duisburg im vergangenen Jahr insgesamt 284 Baufirmen in der Region und leiteten 593 Ermittlungsverfahren ein. Wegen illegaler Praktiken in der Branche entgingen dem Staat und den Sozialkassen 9,6 Millionen Euro.

IG BAU-Bezirkschefin Karina Pfau spricht von einem „erschreckenden Ausmaß krimineller Energie". Hier stehe das Image einer ganzen Branche auf dem Spiel. „Sauber wirtschaftende Firmen dürfen nicht wegschauen, wenn sich Konkurrenten nicht an die Regeln halten. Gerade die Coronakrise hat ja gezeigt, wie wichtig die Bauwirtschaft als Stütze der Konjunktur auch in der Region ist", so die IG BAU Duisburg-Niederrhein. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes stiegen die Bau-Umsätze in den ersten fünf Monaten des Jahres trotz Pandemie um rund sieben Prozent.

„Das beste Mittel gegen unerlaubte Geschäfte am Bau ist ein fairer Wettbewerb zu fairen Löhnen und Arbeitsbedingungen. Dazu muss sich die ganze Branche bekennen, wenn sie ihren Ruf nicht verspielen will", so die Gewerkschafterin. Die Arbeitgeber hätten in der laufenden Tarifrunde die Chance, die Bauberufe für Fach- und Nachwuchskräfte attraktiver zu machen.

Pressespiegel

Ausgabe: 03.08.2020

Niederrhein DGB

Entscheidend sei aber auch, dass der Zoll schwarze Schafe noch stärker in den Blick nehme. „Es kommt nicht nur auf die Zahl der Kontrollen an, sondern auch auf die Qualität. Hier braucht die Finanzkontrolle Schwarzarbeit mehr Personal", so Pfau. Laut Finanzministerium waren beim Hauptzollamt Duisburg zu Jahresbeginn lediglich 185 Planstellen besetzt.

Die Zollstatistik geht auf eine parlamentarische Anfrage der Bundestagsabgeordneten Beate Müller-Gemmeke (Bündnis 90/Die Grünen) zurück. Die Arbeitsmarktpolitikerin stellt gegenüber der IG BAU fest: „Schwarzarbeit und Lohn-Betrug sind keine Kavaliersdelikte. Der Zoll muss gestärkt werden, um flächendeckend kontrollieren und wirksam gegen illegale Machenschaften vorgehen zu können – gerade auf dem Bau."

Lokalkompass.de

Pressespiegel

Ausgabe: 03.08.2020

Niederrhein DGB

IG BAU fordert mehr Kontrollen

Schwarzarbeit sorgt für Millionenschaden

Schwarzarbeit, illegale Beschäftigung und Lohnprellerei in der Baubranche haben in Duisburg und der Region einen Millionenschaden verursacht. Das teilt die Gewerkschaft IG BAU mit und beruft sich auf eine aktuelle Zollstatistik des Bundesfinanzministeriums. Danach kontrollierten Beamte des Hauptzollamtes Duisburg im vergangenen Jahr insgesamt 284 Baufirmen in der Region und leiteten 593 Ermittlungsverfahren ein. Wegen illegaler Praktiken in der Branche entgingen dem Staat und den Sozialkassen 9,6 Millionen Euro.

Karina Pfau, Bezirkschefin der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt spricht von einem „erschreckenden Ausmaß krimineller Energie". Hier stehe das Image einer ganzen Branche auf dem Spiel. „Sauber wirtschaftende Firmen dürfen nicht wegschauen, wenn sich Konkurrenten nicht an die Regeln halten."

Gewerkschaft wünscht sich mehr Personal fürs Hauptzollamt

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes stiegen die Bauumsätze in den ersten fünf Monaten des Jahres trotz Pandemie um rund sieben Prozent. „Das beste Mittel gegen unerlaubte Geschäfte am Bau ist ein fairer Wettbewerb zu fairen Löhnen und Arbeitsbedingungen. Dazu muss sich die ganze Branche bekennen, wenn sie ihren Ruf nicht verspielen will", so die Gewerkschafterin. Zudem komme es bei den Kontrollen nicht nur auf die Anzahl an, sondern auch auf die Qualität. Hier braucht die Finanzkontrolle Schwarzarbeit mehr Personal", so Pfau. Laut Finanzministerium waren beim Hauptzollamt Duisburg zu Jahresbeginn nur 185 Planstellen besetzt.

Die Gewerkschaft IG BAU fordert mehr und bessere Kontrollen des Hauptzollamtes. FOTO: IG BAU

WAZ Duisburg

Pressespiegel

Ausgabe: 03.08.2020

Niederrhein DGB

IG BAU fordert mehr Kontrollen

(RPN) Schwarzarbeit, illegale Beschäftigung und Lohn-Prellerei in der Baubranche haben in Duisburg und der Region im vergangenen Jahr einen Millionenschaden verursacht. Das teilte die Gewerkschaft IG BAU mit und verweist auf einen Bericht des Bundesfinanzministeriums. Danach kontrollierten Beamte des Hauptzollamtes Duisburg im vergangenen Jahr insgesamt 284 Baufirmen in der Region und leiteten 593 Ermittlungsverfahren ein. Wegen illegaler Praktiken in der Branche entgingen dem Staat und den Sozialkassen 9,6 Millionen Euro. Karina Pfau, Bezirkschefin der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt spricht von einem „erschreckenden Ausmaß krimineller Energie". Hier stehe das Image einer ganzen Branche auf dem Spiel. „Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes stiegen die Bauumsätze in den ersten fünf Monaten des Jahres trotz Pandemie um rund sieben Prozent. „Das beste Mittel gegen unerlaubte Geschäfte am Bau ist ein fairer Wettbewerb zu fairen Löhnen und Arbeitsbedingungen", so die Gewerkschafterin.

RP Duisburg

Pressespiegel

Ausgabe: 03.08.2020

Niederrhein DGB

IG Bau beklagt Schwarzarbeit auf dem Bau

Millionenschaden für den Staat

Kreis Wesel. Schwarzarbeit, illegale Beschäftigung und Lohn-Prellerei in der Baubranche haben in der Region einen Millionenschaden verursacht. Das teilt die Gewerkschaft IG Bau mit und beruft sich auf eine aktuelle Auswertung des Bundesfinanzministeriums. Danach kontrollierten Beamte des Hauptzollamtes Duisburg, das auch für den Kreis Wesel zuständig ist, 2019 insgesamt 284 Baufirmen und leiteten 593 Ermittlungsverfahren ein. Wegen illegaler Praktiken entgingen dem Staat 9,6 Millionen Euro.

IG-BAU-Bezirkschefin Karina Pfau spricht von einem „erschreckenden Ausmaß krimineller Energie". Hier stehe das Image einer ganzen Branche auf dem Spiel. „Sauber wirtschaftende Firmen dürfen nicht wegschauen, wenn sich Konkurrenten nicht an die Regeln halten. Gerade die Coronakrise hat ja gezeigt, wie wichtig die Bauwirtschaft als Stütze der Konjunktur auch in der Region ist", so die IG Bau Duisburg-Niederrhein. Entscheidend sei, dass der Zoll schwarze Schafe noch stärker in den Blick nehme. „Es kommt nicht nur auf die Zahl der Kontrollen an, sondern auch auf die Qualität. Hier braucht die Finanzkontrolle Schwarzarbeit mehr Personal", so Pfau. Laut Ministerium waren beim Hauptzollamt zu Jahresbeginn nur 185 Stellen besetzt.

NRZ Kleve

Pressespiegel

Ausgabe: 03.08.2020

Niederrhein DGB

Millionenschaden durch Schwarzarbeit

KREIS WESEL (RP) Schwarzarbeit, illegale Beschäftigung und Lohn-Prellerei in der Baubranche haben in der Region einen Millionenschaden verursacht. Das teilte die Gewerkschaft IG BAU mit. Sie berief sich auf eine aktuelle Auswertung des Bundesfinanzministeriums. Danach kontrollierten Beamte des Hauptzollamtes Duisburg, das auch für den Kreis Wesel zuständig ist, im vergangenen Jahr insgesamt 284 Baufirmen und leiteten 593 Ermittlungsverfahren ein. Wegen illegaler Praktiken in der Branche entgingen dem Staat und den Sozialkassen 9,6 Millionen Euro.

IG BAU-Bezirkschefin Karina Pfau sprach von einem „erschreckenden Ausmaß krimineller Energie". Das Image einer ganzen Branche stehe auf dem Spiel. „Sauber wirtschaftende Firmen dürfen nicht wegschauen, wenn sich Konkurrenten nicht an die Regeln halten. Gerade die Coronakrise hat ja gezeigt, wie wichtig die Bauwirtschaft als Stütze der Konjunktur auch in der Region ist." Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes stiegen die Bau-Umsätze in den ersten fünf Monaten des Jahres trotz Pandemie um rund sieben Prozent.

„Das beste Mittel gegen unerlaubte Geschäfte am Bau ist ein fairer Wettbewerb zu fairen Löhnen und Arbeitsbedingungen", so die Gewerkschafterin weiter. Entscheidend sei aber auch, dass der Zoll schwarze Schafe noch stärker in den Blick nehme. „Es kommt nicht nur auf die Zahl der Kontrollen an, sondern auch auf die Qualität. Hier braucht die Finanzkontrolle Schwarzarbeit mehr Personal", so Pfau.

RP Wesel

Pressespiegel

Ausgabe: 03.08.2020

Niederrhein DGB

Neue Zahlen der Bundesregierung – IG BAU-Chef Feiger: "Bau-Boom geht weiter"

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) hat das Rekordhoch beim Bauüberhang in Deutschland kritisiert. Seit mehr als zwei Jahrzehnten habe es keine höhere Zahl von genehmigten, aber noch nicht gebauten Wohnungen gegeben.

"In Wohnungen auf dem Papier kann aber keiner wohnen. Mittlerweile gibt es 740 000 davon. Es ist höchst Zeit, dass die Baufirmen die genehmigten Projekte jetzt auch realisieren",

sagte IG BAU-Chef Robert Feiger. Damit könne die Baubranche nicht nur ihren Beitrag im Kampf gegen die Wohnungsnot leisten, sondern auch mit dickem Auftragspolster wirtschaftlich sicher durch die Corona-Krise gehen.

"Der Bau-Boom geht weiter", so Feiger mit Blick auf eine heute bekanntgewordene Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen zum Wohnungsbau. Danach nahm der Bauüberhang allein im vergangenen Jahr um gut 43 000 Wohnungen zu. Zwischen März und Mai dieses Jahres genehmigten die Bauämter weitere knapp 91 000 neue Wohnungen.

"Kaum eine Branche kam bisher so gut durch die Pandemie wie die Bauwirtschaft. Die neuen Zahlen zeigen, dass der Bau eine zentrale Stütze der Konjunktur bleibt",

betont Feiger. Ein Hinweis darauf sei auch die ungebrochene Nachfrage beim Baukindergeld. Mit nahezu 18 500 Neuanträgen allein im ersten Halbjahr blieb die Nachfrage nach dem Baukindergeld laut Bundesregierung auf dem hohen Niveau des Vorjahres. 2019 waren mehr als 34 000 Anträge gestellt worden.

Nach Einschätzung der IG BAU hat die Branche aber zunehmend Schwierigkeiten, genug Fachleute für die Baustellen zu finden.

"Der Mangel an gelernten Maurern, Betonbauern und Zimmerleuten macht es immer schwieriger, die genehmigten Wohnungen zeitnah zu bauen",

so Feiger. Bereits heute verließen zwei von drei Bauarbeiter*innen die Branche kurz nach der Ausbildung. Nur wenn die Bauberufe bei den Arbeitsbedingungen und der Bezahlung attraktiver würden, könne ausreichend Nachwuchs gewonnen werden.

"Statt über den vermeintlichen Einbruch durch Corona zu spekulieren, sollten die Bau-Arbeitgeber die Branche für Beschäftigte deshalb attraktiver machen",

so Feiger. Die Chance dazu biete sich in der aktuellen Tarifrunde. Die Gewerkschaft fordert 6,8 Prozent mehr Geld, mindestens jedoch 230 Euro zusätzlich im Monat. Ebenso 100 Euro monatlich mehr für Azubis aller Ausbildungsjahre. Außerdem soll die lange Fahrerei zur Baustelle entschädigt werden. Nach drei Tarifverhandlungen haben die Arbeitgeber allerdings noch kein Angebot vorgelegt, so die IG BAU.

"Und das, obwohl die Geschäfte selbst in der Pandemie gut laufen",

kritisiert Feiger. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes übertrafen die Umsätze von Baufirmen in den ersten fünf Monaten die des Vorjahres um rund sieben Prozent.